

## Josef Lang (GSoA-Vorstand, Demo-Mitorganisator, SiK Vertreter der Grünen Fraktion)

Text für die Pressekonferenz „Nein zum Krieg im Nahen Osten“ vom 27. Juli 2006

Bevor ich auf den Krieg und den Bundesrat zu sprechen komme, möchte ich eine Vorbemerkung machen. Ein Mitglied der kleinen jüdischen Gemeinde von Bremgarten im Freiamt stellte mir im Zusammenhang mit meiner Forschungsarbeit über und Politarbeit gegen den Antisemitismus vor Jahren mal die Frage: Wie bist Du Philosemit geworden? Ich schaute ihn verwundert an und sagte ihm: Ich bin nicht Philosemit, ich bin Antiantisemit. Philosemiten und Antisemiten betrachten die Juden als etwas Besonderes, die ersten als besonders gut, die zweiten als besonders schlecht. Wir Antiantisemiten gehen nicht von eigenen Vorurteilen aus, sondern von allgemeinen Prinzipien, und zwar von denen der Aufklärung: Alle Menschen sind gleich, alle Völker sind gleichberechtigt. Auf dieser normativen Grundlage bekämpfen wir Antiantisemiten ebenso selbstverständlich die Juden- wie die Muslimfeindlichkeit, lehnen wir die israelische Politik gegenüber den Palästinensern als Individuen und als Volk ab, kämpfen wir für die Gleichheit aller Menschen und die gleichen Rechte aller Völker im Nahen Osten.

In den letzten Jahren verdichtet sich immer mehr eine Konstellation, die wir aus den 70er und 80er Jahren im Zusammenhang mit der Polarisierung um das Apartheid-Regime kennen. Ausgerechnet jene abendländischen Rechten, seien es National- oder Christlichkonservative oder Postfaschisten, welche die historischen Hauptträger des Antisemitismus sind, bilden heute den Hauptharst der „Freunde Israels“. Die stärkste Bastion Israels in den USA bildet nicht irgendeine „jüdische Lobby“, sondern ausgerechnet jener Süden, in dem Schwarzen- und Judenfeindlichkeit unauflösbar zusammen gehörten (und irgendwie immer noch zusammen gehören). In Spanien unterstellt die konservative Erbin des antisemitischen Frankismus, die Alianza Popular, dem linken Ministerpräsidenten Zapatero, einem Nachfahren antiantisemitischer Republikaner, wegen seiner Unterstützung einer Antikriegs-Demo „antizionistisch“ und „antisemitisch“ zu sein. In Zusammenhang mit Italien befürchtete das israelische Establishment, welches sich mit den beiden Mussolini-Bewunderern Fini und Berlusconi bestens verstanden hatte, bei der Ablösung des postfaschistischen Aussenministers das „Ende des Honigmonds zwischen Italien und Israel“. In Flandern, dessen Katholizismus weltweit zu den jüdenfeindlichsten gehörte, hat der rechtsextreme Vlaams Block den traditionellen Antisemitismus ersetzt durch Islamfeindlichkeit und versteht sich heute als proisraelischer Vorkämpfer. In der Schweiz spielen sich die EDU und die SVP, die noch vor wenigen Jahren den antisemitischen Klassiker der „goldenen Internationale“ hervor kramte, als DIE Verteidiger Israels auf.

Diese Anhänglichkeit der abendländischen Rechten gegenüber Israel hat verschiedene Gründe, primär geostrategische. Aber ihre traditionalistische Mühe mit der Norm der gleichen Rechte aller Menschen und der der Gleichberechtigung aller Völker, das teilten sie früher mit Südafrika und das teilen sie heute mit der israelischen Politik. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Israel-Fan einen antisemitischen Hintergrund hat, ist nicht kleiner, als dass ein Israel-Kritiker einen solchen hat.

Am letzten Freitag hat ein israelischer Fliegerhauptmann und Friedensaktivist namens Jonathan Shapira über einen USamerikanischen Alternativ-Sender folgenden Appell lanciert: „Wir glauben, dass es unsere Pflicht ist, jetzt aufzuschreien und die Welt anzurufen: Wenn ihr euch um mein Land sorgt, wenn ihr euch um das israelische Volk sorgt und ebenso um die Palästinenser und Libanesen, die leiden müssen, müsst ihr massiven Druck auf die israelische Regierung ausüben. Und Druck auf die israelische Regierung ausüben heisst Druck auf eure Regierung ausüben.“

Er meinte primär die Regierung Bush. Aber auf den Bundesrat, der gestern Dick Marty's Diktum vom „servilen Gehorsam“ gegenüber den USA bestätigte, trifft es auch zu. Der Bundesrat hat ganz im Sinne der USA Micheline Calmy-Reys Israel-Kritik und Friedens-Engagement gebremst wenn nicht gestoppt – zum Gegenpreis von 5 Millionen Franken. Der gleiche Bundesrat, der, wenn es um die Entsendung von Soldaten geht, gern die Menschenrechte, den Frieden, die Versöhnung und die Demokratie beschwört, verhält sich gleichgültig gegenüber den zivilen Opfern, die zu 90 Prozent Opfer der israelischen Armee sind, und gegenüber der Zerstörung eines Landes, das mit der Schweiz viele Gemeinsamkeiten und Verbindungen hat. Er weigert sich, die enge militärische Kooperation zwischen der israelischen und der schweizerischen Armee zu sistieren. Er tut dies auch aus Rücksicht auf die Armee, was - nebenbei

gesagt - einmal mehr beweist, dass diese Institution ein Hindernis für eine echte Friedenspolitik ist. Kurz bevor im Mai eine israelische Militärdelegation von der Schweizer Generalität empfangen wurde, hatte Schweden seine Teilnahme an einer routinemässigen Luftwaffenübung in Italien abgesagt, weil die israelische Luftwaffe ebenfalls einbezogen worden war. Die Schweden wiesen unter anderem auf die völkerrechtswidrige Besetzung Palästinas und die Trennmauer hin.

Der Bundesrat führt die Rüstungszusammenarbeit weiter, wie wenn nichts geschehen wäre. Ich möchte hier dran erinnern, dass es sich bei den Aufklärungsdrohnen, die in Gaza für aussergerichtliche Hinrichtungen eingesetzt werden und die möglicherweise auch im Libanon im Einsatz sind, um eine schweizerisch-israelische Koproduktion handelt. Einen schweizerisch-israelischen Zusammenhang gibt es auch bei der Streumunition, die Israel gemäss Human Rights Watch im Libanon eingesetzt haben soll.

Der Bundesrat weigert sich auf den Kauf des Integrierten Funkaufklärungs- und Sendesystems zu verzichten. Vor einem Jahr hatte Verteidigungsminister Schmid das IFASS-Geschäft verteidigt mit dem Argument, es gelte die neue israelische Politik und die „positiven Entwicklungen“ im Nahen Osten zu honorieren. Das IFASS-Geschäft mit Israel war erneut ein Thema an der letzten SiK-Sitzung vom 5. Juli, wo die beiden Grünen – leider allein gegen alle anderen – die IFASS-Immobilien ablehnten. Wir sind froh, hat die SPS gestern beschlossen, sich der grünen SiK-Minderheit anzuschliessen. Eine geschlossene Linke kann – mit der Unterstützung von friedensbewegten Bürgerlichen - den IFASS-Deal in der Herbst-Session vereiteln. Eine gut besuchte und gut gelungene Antikriegs-Demo kann auch dazu beitragen.

Josef Lang, GSoA-Vorstand, Demo-Mitorganisator, SiK Vertreter der Grünen Fraktion